



Sand im Getriebe

Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung

Ausgabe 6/2002 (25. März 2002)

eMail: sand.im.getriebe@attac.org

Zum Eintragen:

Um den wöchentlichen Newsletter „Sand im Getriebe“ zu abonnieren, schickt eine eMail mit dem Inhalt: subscribe sandim-getriebe an: Majordomo@listi.jpberlin.de

Zum Austragen:

Falls Ihr „Sand im Getriebe“ in Zukunft nicht mehr bekommen wollt, schickt eine eMail mit dem Inhalt: unsubscribe sandim-getriebe an: Majordomo@listi.jpberlin.de

Selbstverständnis

Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

Der Inhalt

1. **„...der Mörder ist immer der Gärtner...“** **Chronik eines angekündigten Aufstands** von Alicia Rivero „Arbeit, Wohlfahrt, Gesundheit und Gerechtigkeit“ stand auf einer Weihnachtspostkarte aus Argentinien, die am 19. Dezember im Briefkasten lag. Sicherlich ein merkwürdiger Inhalt für eine weihnachtliche Grußkarte. Aber er zeigt, wie stark die Krise das Leben der ArgentinierInnen beherrscht. An diesem Tag brach in Argentinien ein sozialer Aufstand aus, dem sogar die deutsche Tagesschau 20 Fernseh-Sekunden widmete. Der Aufstand kam nicht unbedingt überraschend. Und er dauert an.
2. **Lehrstück am Rio de la Plata** Von Heiner Flassbeck Mit der Abwertung des argentinischen Peso sowie dem Aussetzen der Zinszahlungen und der Schuldentilgung ist ein Kapitel "moderner" Wirtschaftspolitik für aufholende Länder zu Ende gegangen, das wie kaum ein anderes die ideologische und theoretische Auseinandersetzung der westlichen Welt mit den Entwicklungsländern geprägt hat.
3. **Der IWF schlägt wieder zu - Wirtschaftsdebakel in Argentinien** von Arthur MacEwan Während IWF-Chef Köhler am 16. Januar generös verkündete, dass man Argentinien Schulden in Höhe von 933 Millionen Dollar (die Gesamtauslandsschulden belaufen sich auf 155 Milliarden Dollar!) bis zum Januar 2003 stunden werde, stammelte sein Abteilungsleiter für die westliche Hemisphäre, Claudio Loser, im argentinischen Radio Mitre Plattitüden. Der Fonds hätte ein „kohärentes Wirtschaftsprogramm“ verlangen sollen und „es kann im argentinischen Fall Fehler gegeben haben“.
4. **Argentinien: Schwaches Glied in der weltweiten Schuldenkette?** von Eric Toussaint Die heutige Situation in Argentinien ist sehr schlecht und spiegelt die Auswirkungen einer

dreijährigen Rezession, deren Ursachen in der Anwendung einer ausserordentlich aggressiven Variante der neoliberalen Politik liegen. Die grundlegende Umwandlung Argentiniens, die unter der Militärdiktatur (1976-1983) begann, wurde danach während weiteren knapp 20 Jahren von den verschiedenen nachfolgenden Regierungen fortgesetzt.

5. **Alter Wein in alten Schläuchen - weifelhaftes Personal will Argentinien aus der Krise führen** von Eduard Fritsch Ein „Linksperonist“ sei Argentiniens neuer Präsident Eduardo Duhalde, meinte die eigentlich linke Tageszeitung „junge Welt“ am 11. Januar. Da trifft sie sich indirekt mit der „Wirtschaftswoche“, die am 7. Januar apodiktisch verkündete: „Argentinien bereitet seinen Ausstieg aus der freien Marktwirtschaft vor.“
6. **Ein weiteres IWF-Modell ist gescheitert - Ökonomischer Gau in Argentinien** von Carlos Gabetta Als der Internationale Währungsfonds am 5. Dezember 2001 der argentinischen Regierung einen weiteren Kredit verweigerte, stürzte das mit 132 Milliarden US-Dollar verschuldete Land in die tiefste Krise seiner Geschichte. Die Bevölkerung trotzte den neuen Austeritätsmaßnahmen, und Präsident Fernando de la Rúa musste demissionieren. Sein Nachfolger Adolfo Rodríguez Saá verkündete die Aussetzung des Schuldendienstes, aber auch die Sperrung der privaten Bankkonten. Daraufhin musste auch er dem Volkszorn weichen.

1. „... der Mörder ist immer der Gärtner ...“ - Chronik eines angekündigten Aufstands von Alicia Rivero

„Arbeit, Wohlfahrt, Gesundheit und Gerechtigkeit“ stand auf einer Weihnachtspostkarte aus Argentinien, die am 19. Dezember im Briefkasten lag. Sicherlich ein merkwürdiger Inhalt für eine weihnachtliche Grußkarte. Aber er zeigt, wie stark die Krise das Leben der ArgentinierInnen beherrscht. An diesem Tag brach in Argentinien ein sozialer Aufstand aus, dem sogar die deutsche Tagesschau 20 Fernseh-Sekunden widmete. Der Aufstand kam nicht unbedingt überraschend. Und er dauert an. Der folgende Beitrag widmet sich seinem Verlauf und seinen HauptdarstellerInnen.

Im Morgengrauen des 19. Dezember 2001 begannen in allen Provinzen Argentiniens (außer in Patagonien) die Plünderungen. Obwohl sich die soziale Explosion seit Monaten angekündigt hatte, waren der Zeitpunkt – unmittelbar vor Weihnachten –, das Ausmaß und die Konsequenzen auf gewisse Weise überraschend. Seit Anfang Dezember tauchten auf argentinischen Webseiten regelmäßig E-mail-Kettenbriefe auf, die voraussagten, was im Gange war. Bei den meisten handelte es sich um Anklagen gegen die Korruption der Politiker, aber es gab auch Aufrufe für Kundgebungen, wie z.B. den Aufruf zu einem selbstorganisierten Schweigemarsch aller BürgerInnen zum Kongress. Dieser Marsch war für den 23. Dezember geplant und von BewohnerInnen des Stadtteils Palermo ins Leben gerufen worden, damit “gezeigt wird, dass 36 Millionen ArgentinierInnen die 5000 Korrupten in diesem Land leid sind”.

Noch viel aussagekräftiger war die E-mail, die eine Volksbefragung vom 14. bis 17. Dezember ankündigte. Diese Befragung war von der “Nationalen Front gegen die Armut”, einem Zusammenschluss von sozialen Organisationen, Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen, StudentInnen, Landwirten sowie kleinen und mittelständischen UnternehmerInnen organisiert worden. Die Fragen bezogen sich auf die Meinung der ArgentinierInnen hinsichtlich eines alternativen Wirtschaftsprogramms. Fast drei Millionen ArgentinierInnen beteiligten sich an dem Referendum und unterstützten damit die Forderung nach einschneidenden Veränderungen am wirt-

schaftlichen Modell. Die Regierung ignorierte nicht nur das Ergebnis, sondern äußerte sich sogar abfällig über die Initiative und ihren Ausgang.

Ignoranz und Unfähigkeit

Auf die Ereignisse vom 19. Dezember war der damalige Präsident De la Rúa nicht vorbereitet. Seine Regierung hatte keine angemessenen Schritte unternommen, obwohl es schon einige Tage vorher Plünderungen in Rosario gegeben hatte, und obwohl sie darüber informiert war, dass ab dem 17. Dezember starke soziale Proteste stattfinden würden. Vor diesen unmittelbaren Hinweisen hatte es schon andere Warnsignale gegeben, wie z.B. die Wahlniederlage der Alianza (Partei Bündnis aus UCR und FREPASO) bei den Parlamentswahlen am 14. Oktober, die wiederholten Proteste der *piqueteros* (organisierte Arbeitslose) im Landesinneren, und nicht zuletzt die seit vier Jahren andauernde Wirtschaftskrise selbst.

Am Abend des 19. Dezember gegen 23.00 Uhr hielt De la Rúa eine kurze Rede, die eigentlich nichts aussagte, bis auf die Tatsache, dass er den Ausnahmezustand verkündete, was u.a. ein Versammlungsverbot bedeutet. Die Kaltschnäuzigkeit, mit der er ihn ankündigte, ohne andere Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, und ohne bekannt zu geben, dass er dem verhassten Wirtschaftsminister Cavallo seinen Rücktritt nahe gelegt hatte, war für die Leute das Startsignal. Sie strömten auf die Straße.

In verschiedenen Stadtteilen von Buenos Aires war auf einmal dieses metallische Geräusch zu hören, das immer lauter und

schließlich ohrenbetäubend wurde: Der *cacerolazo*¹ hatte begonnen. Zuerst auf den Balkonen, dann an den wichtigsten Ecken, danach auf dem zentralen Platz im Viertel und schließlich auf der Plaza de Mayo im Zentrum. Die Frauen hatten die Töpfe herausgeholt und mit dem Protest begonnen. Es folgten ihre Männer, ihre Kinder, die NachbarInnen, und während sie die Stadt eroberten, gesellten sich lärmende Taxi- und Auto-Karawanen hinzu. Die Busfahrer grüßten mit ihren Hupen. Unter den Rufen "Haut ab!" näherten sich die beständig anwachsenden Kolonnen dem Stadtzentrum. Neben dieser Parole wurden die Politiker De la Rúa, Cavallo und Menem lautstark beschimpft. Die DemonstrantInnen riefen weder politische Parolen, noch trugen sie parteipolitische Transparente. Das Einzige, was sie mitgebracht hatten, waren argentinische Nationalflaggen (die hätten sie auch zu Hause lassen können – d. Sätz.). Gegen ein Uhr morgens griff die Bereitschaftspolizei die friedliche Demonstration mit Tränengas an und provozierte somit eine verzweifelte und chaotische Flucht. Ein Teil der Leute löste sich von der Menge und machte sich zum Kongress auf, denn jetzt waren sie wirklich wütend geworden. Auf ihrem Weg zerstörten sie Telefonzellen, Fensterscheiben von Banken, Mac-Donald's-Filialen, von AFJPs (Private Pensionsfonds) und sogar von einem Parteilokal der regierenden UCR. Die friedliche und fast schon fröhliche Demonstration wurde auf diese Art und Weise zu einem Schlachtfeld. Der Protest hatte eine fröhliche Note bekommen, als der Rücktritt Cavallos bekannt gegeben wurde: Überrascht stellten die Leute fest, was sie erreicht hatten. Vielleicht kann man auch sagen, dass die Menschen nicht nur Freude, sondern auch eine Art Befreiung verspürten. Jahrelang hatten sie in einer politischen Passivität verharrt, sei es, weil sie als Angehörige der Mittelschicht nicht an Demonstrationen teilnehmen wollten, sei es, weil sie der Überlebenskampf zu sehr in Anspruch genommen hatte, sei es, weil sie der Ansicht waren, dass die feste Dollarbindung um jeden Preis aufrecht erhalten

werden müsste, oder warum auch immer. Die Viertel, aus denen die Mehrheit der Demonstrierenden kam, Belgrano, Barrio Norte, Palermo, Caballito, Almagro etc., sind Mittelschichtsviertel, d.h. die Viertel derjenigen, die gerade einen sozialen Abstieg erleben und die in dieser Nacht wie Larven aus ihren Eiern geschlüpft sind.

Das Ende der Geduld

Jahrelang haben die ArgentinierInnen ein politisches System ertragen, das von Korruption und Straflosigkeit gekennzeichnet war, ein System, das sich auf einen grenzenlosen Klientelismus und ein ebenso korruptes Justizwesen stützte. Jahrelang haben sie die schamlose Ausbeutung von privatisierten Versorgungsunternehmen erduldet, die für mittelmäßige oder schlechte Dienstleistungen höhere Preise als in der sogenannten Ersten Welt verlangten. Jahrelang haben sie ineffiziente Banken und hohe Zinsen hingenommen. Jahrelang haben sie beobachtet, wie der Schuldenberg größer wurde, während sich die Rezession immer mehr verschärfte und das ehemals gut ausgebaute soziale Netz zerstört wurde. Jahrelang haben sie die *gordos* (die "Dicken") ertragen, die korrupten und opportunistischen Gewerkschaftsführer, die im Namen der Arbeiterklasse den Ausverkauf des Staates, die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, die Privatisierungen der Menem-Regierung gestützt haben, die sich aber im Falle einer nicht-peronistischen Regierung als wilde Oppositionelle gebärden.

Dieses Mal sind die Leute auf die Straße gegangen, haben ihre Empörung rausgelassen, hatten ihre Katharsis, indem sie laute Beschimpfungen ausstießen, und stürzten einen Super-Minister. Sie spürten, dass sie ihre Würde wiedererlangten und sie der Macht Gebietsansprüche streitig machten.

Am nächsten Tag, dem 20. Dezember, versammelten sich die Mütter von der Plaza de Mayo wie jeden Donnerstag seit 25 Jahren um die Pyramide des Platzes. Die Polizei griff sie äußerst brutal an. Für viele Leute war dieses repressive Vorgehen ein erneuter Startschuss, zumal die Gemüter

sowieso schon erhitzt waren, denn fünf Jugendliche waren schon während der Auseinandersetzungen gestorben. Die ArgentinierInnen blieben auf der Straße. Es gab direkte Kämpfe mit den Sicherheitskräften des Staates, die wiederum Gummigeschosse und scharfe Munition einsetzten. Doch für den Versuch, eine Koalition mit der oppositionellen peronistischen Partei zu bilden, war es bereits zu spät: De la Rúa unterzeichnete seinen Rücktritt und verließ in einem Hubschrauber den Regierungssitz.

Eine Woche später, nach zwei kurzlebigen und rein formellen Übergangspräsidenten, übernahm der Provinz-Caudillo Alberto Rodríguez Saá das Ruder. Wie viele andere argentinische Politiker wird auch er verdächtigt, sich mit illegalen Methoden bereichert zu haben. Mit Rückendeckung der peronistischen Provinzgouverneure wählte sich Saá nun am Ziel seiner Träume und lächelte während der ersten drei Tage seiner Amtszeit wild drauf los. Das ist keine Nebensächlichkeits in einer Krisensituation, denn die Leute fragten sich ernsthaft, worüber er denn lachte. Saá verkündete hochtrabende Pläne, unter anderem die Schaffung von einer Million Arbeitsplätze innerhalb von drei Monaten. Feierlich sprach er diese Ankündigung im Lokal des peronistischen Gewerkschaftsdachverbandes (CGT) aus. Als ob dies nicht schon genug gewesen wäre, ernannte er ein Kabinett voller fragwürdiger Politiker, wie z.B. Carlos Grosso, der unter der ersten Menem-Administration Bürgermeister von Buenos Aires gewesen war und aufgrund eines Korruptions-Skandals zurücktreten musste. Als er zum wiederholten Male nach seiner Vergangenheit befragt wurde, antwortete er: "Ich bin nicht wegen meiner Polizeiakte, sondern wegen meiner Intelligenz ernannt worden."

Daraufhin entbrannte am 28. Dezember erneut massiver Protest, der sich wieder durch den Lärm von Kochtöpfen, Pfannen und Kellen auszeichnete. Der erst kurz zuvor ernannte Kabinettschef Grosso trat zurück. Zu diesem *cacerolazo* gesellten sich andere Demonstrationen, die in den

südlichen Vierteln der Stadt, den Arbeitervierteln Boedo und Barracas, ihren Ausgang genommen hatten. Das war der Anfang vom Ende des Übergangspräsidenten Saá. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Gouverneure – aus welchen Machtinteressen auch immer – damit begonnen, ihm ihre Unterstützung zu entziehen. Einer von ihnen erklärte, "das Land war in Begräbnisstimmung und er ließ Geburtstag feiern". Saá trat am 30. Dezember zurück. Innerhalb der peronistischen Partei brach ein erbitterter Kampf um seine Nachfolge aus.

Bock zum Gärtner ...

Am 1. Januar 2002 übernahm der ehemalige Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Eduardo Duhalde, die Präsidentschaft. Zwar wurde er von der mehrheitlich peronistischen Verfassunggebenden Versammlung ernannt, konnte aber auf den Rückhalt der gesamten Politikerriege zählen. Im Gegensatz zu dem, was die Menschen erwartet hatten, nämlich Präsidentschaftswahlen im kommenden März, wurde Duhaldes Amtszeit bis März 2003 ausgedehnt.

Die Proteste gehen weiter, teilweise aufgrund der immer noch gesperrten Bankkonten. Aber es wäre falsch, die Gründe für die Mobilisierung darauf zu reduzieren. Auch die E-mail-Kettenbriefe geistern weiterhin durch's Netz. Ihre UrheberInnen bezeichnen sie als "Kampfmittel". Die ArgentinierInnen haben Nachbarschaftsversammlungen ins Leben gerufen, auf denen keine einzige politische Partei zugelassen ist. Mittlerweile haben die Leute sogar begonnen, sich in Komitees zusammenzuschließen, z.B. im Komitee für Presse und Öffentlichkeitsarbeit oder im Komitee für Stadtteil-Koordination. Auch die Kundgebungen gehen weiter, auf denen die Leute dazu aufgefordert werden, wach zu bleiben, "mit griffbereiten Kochtöpfen".

... oder lieber gar kein Gärtner?

Die Machenschaften der Politiker werden weiterhin angeklagt, ebenso die Rolle, die der IWF in der argentinische Krise spielt, oder die Versorgungsunternehmen etc. Die

Forderungen gehen von der Verstaatlichung der Nationalbank bis zum geschlossenen Rücktritt des Obersten Gerichtshofes, der auch "*suprema corte de injusticia*" ("Oberster Ungerechtigkeitshof") genannt wird. Praktisch fordern sie die Neugründung der Republik. Und die Bevölkerung weiß, dass all dies mit der aktuellen Politiker-Kaste nicht möglich sein wird.

Niemand kann voraussagen, wie dieses Drama enden wird. De la Rúa wurde teilweise von denjenigen gestürzt, die ihn gewählt hatten, die aber gleichzeitig StammwählerInnen seiner Partei, der liberalen UCR sind. Die HauptdarstellerInnen der *cacerolazos* sind die BewohnerInnen der Stadt Buenos Aires, die Duhalde gegenüber schon immer feindlich gesonnen waren und die ihn aufmerksam beobachten werden.

Der Abgrund, der sich zwischen den argentinischen Politikern und der Bevölkerung auftut, könnte nicht größer sein. Während die neuen ProtagonistInnen ihre Rechte einfordern und Rechtschaffenheit verlangen, übt auch der Norden Druck aus. Bush rief bei Duhalde an, um ihm seine Beunruhigung darüber mitzuteilen, dass Argentinien sich von der Marktwirtschaft verab-

schieden würde. Der IWF – Mitverursacher des Debakels – geht im Moment noch recht behutsam vor, um die explosive Situation nicht noch weiter zu verschärfen.

Das Verhalten der argentinischen Politiker könnte ein perfektes Drehbuch für eine schlechte Seifenoper hergeben, wenn nicht hinter jedem Kochtopf, jeder Pfanne, jeder Kelle, und ganz besonders hinter jedem *piquetero*, jedem "Plünderer" und jedem Rentner oder jeder Rentnerin auch ein menschliches Schicksal stehen würde. Und wenn es nicht diese Repression geben würde, die in der Zwischenzeit schon 28 Tote gefordert hat.

Vor kurzem stand in der Mail einer Freundin aus Miami, die eine Zeit lang in Argentinien gelebt hatte, in der Betreffzeile: "I'm crying for you Argentineans ..."

Übersetzung: Britt Weyde

Anmerkungen

(1) Kollektives Schlagen auf Kochtöpfe (*cacerolas*)

Quelle: ila 252

www.ila-web.de

2. Lehrstück am Rio de la Plata. von Heiner Flassbeck

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung aus: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, 2/2002, S. 135-137. <http://www.blaetter.de/>

Mit der Abwertung des argentinischen Peso sowie dem Aussetzen der Zinszahlungen und der Schuldentilgung ist ein Kapitel "moderner" Wirtschaftspolitik für aufholende Länder zu Ende gegangen, das wie kaum ein anderes die ideologische und theoretische Auseinandersetzung der westlichen Welt mit den Entwicklungsländern geprägt hat. Argentinien war lange Jahre der Musterknabe (selbst im englischen Sprachraum hat sich dafür die Vokabel "Wunderkind" eingebürgert) des Internationalen Währungsfonds und der großen sieben westlichen Industrieländer (G7), der Vorzeigefall für "gute", weil extrem liberale Wirtschaftspolitik. Das Land am Rio de

la Plata hatte sich Anfang der 90er Jahre entschieden, radikal mit der interventionistischen und inflationistischen Vergangenheit zu brechen. Es führte ein System absolut fester Wechselkurse bei vollständiger Öffnung des Kapitalmarktes ein (ein Peso gleich ein US-Dollar), bei dem die inländische Geldversorgung vollständig von Kapitalzuflüssen aus dem Ausland gedeckt sein muß – den sogenannten currency board. Zugleich verwirklichte es ein extrem ehrgeiziges Liberalisierungs- und Privatisierungsprogramm.

Das Währungssystem, hochgelobt und empfohlen von amerikanischen Ökonomen

und vom Weltwährungsfonds, schien für ein Land wie Argentinien besonders gut geeignet, weil es scheinbar die Möglichkeit vollständiger Öffnung nach außen verband mit hoher Disziplin im Inneren, ohne daß eine große Wirtschaftsmacht, wie etwa die USA, gezwungen gewesen wäre, systematisch Verantwortung für die Aufrechterhaltung des board zu übernehmen. Das System ist fundamental gescheitert, weil Argentinien nach den Abwertungen im Gefolge der Asienkrise und insbesondere der seines Nachbarlandes Brasilien nur mit einer massiven Deflation seine Wettbewerbsfähigkeit hätte wiederherstellen können. Deflation aber geht nur über Depression, die Depression jedoch, die schließlich eintrat, verprellte die Kapitalgeber weltweit, so daß Argentinien Liquidität nur noch zu extrem hohen Zinsen bekam, obwohl es angesichts der tiefen Wirtschaftskrise extrem niedrige gebraucht hätte.

So hat sich also das System gewissermaßen von selbst erledigt und in nicht zu überbietender Deutlichkeit gezeigt, wie wenig die Theorie, auf der der Internationale Währungsfonds und die G7 ihre Empfehlungen aufbauen, mit der Realität gemein hat (1). Der currency board, ursprünglich entwickelt, um die Kolonien monetär an das Mutterland anzubinden, ist für einen souveränen Staat die denkbar ungeeignete Währungsordnung, weil sie konsequent die Nachteile eines Systems unverbrüchlich fester Wechselkurse mit den Nachteilen eines System völlig freier Wechselkurse verbindet. Ein Land, das dieses System wählt, kann sich einerseits nicht gegen Abwertungen anderer Länder oder eine ungeeignete Geldpolitik seines "Mutterlandes" wehren, ist andererseits aber hinsichtlich seiner Geldversorgung und des Zinsniveaus vollkommen abhängig von seiner "Einschätzung" durch die Märkte, was in der Regel dazu führt, daß ein noch wichtigerer Preis als der Wechselkurs, der Zins nämlich, erratisch schwankt oder gar, wie in Argentinien, systematisch zu hoch ist. (2)

Jahrelang haben Währungsfonds und G7 allen Ländern der Welt die Öffnung ihrer

Märkte für Güter und Kapital gepredigt, ohne diesen Ländern zu sagen, wie (und ob) sie dabei ihre Währungsverhältnisse regeln sollten. Alle Empfehlungen reduzierten sich darauf, den Ländern die "Ecken" der möglichen Währungssysteme schmackhaft zu machen, also entweder absolut feste Wechselkurse wie beim argentinischen currency board oder ganz flexible Kurse wie in Brasilien seit 1999. Schon die schlichte Tatsache, daß es nicht zusammengehen kann, wenn Nachbarländer mit engen Handelsbeziehungen die entgegengesetzten Ecken wählen, wurde einfach ignoriert. Attraktiv waren die "Ecklösungen" vor allem deshalb, weil sie den großen Mächten keinerlei Interventionsoder sonstige Beistandsverpflichtungen auferlegten, sondern den Eindruck erweckten, hier könnten Länder in der globalisierten und vollständig liberalisierten Welt mit rein national zu verantwortenden Lösungen abgespeist werden.

Beeindruckend an der argentinischen Krise ist vor allem, wie lange und beständig die internationale Wirtschaftspolitik die Augen vor einem solchen Fall verschließt oder, noch schlimmer, wie wenig sie angesichts ideologischer Verblendung oder objektiver Unwissenheit zur Therapierung eines solchen Falles beitragen kann. Bis zuletzt wurde Argentinien geraten, seinen Staatshaushalt auszugleichen, um neue öffentliche Verschuldung bei prohibitiv hohen realen Zinsen von bis zu 30% gänzlich zu verhindern. In einer tiefen realwirtschaftlichen Krise – und die argentinische Rezession seit drei Jahren war der Auslöser der Misere – einem Land zu raten, den Staatshaushalt jederzeit auszugleichen, ist schon mehr als erstaunlich. Dennoch wurde der diesbezügliche Beschluß der argentinischen Regierung im letzten Sommer allgemein begrüßt und nur von wenigen Außenseitern kritisiert. Noch erstaunlicher aber: Darüber, wie die Privatwirtschaft bei einem Zinssatz von 30% und erratischen Schwankungen desselben funktionieren und investieren kann, machte sich offenbar niemand Gedanken, weil es ja der Markt

war, der dem Land diesen Zins vorschrieb – und der irrt bekanntlich nie. (3)

Buenos Aires wurde zudem in der Öffentlichkeit vorgeworfen, zu hohe Auslandsschulden aufgetürmt zu haben. Argentiniens öffentliche Gesamtschulden sind mit etwas über 40% des Bruttoinlandsprodukts jedoch geringer als die der meisten europäischen Länder und würden die Aufnahme in die Europäische Währungsunion erlauben. Daß ein Großteil davon Auslandsschulden sind, versteht sich bei einem Währungssystem, das die gesamte Liquidität des Landes über Nettokapitalzuflüsse regelt, von selbst. Schließlich wurde Argentinien der übliche Vorwurf gemacht, "strukturell" verkrustet zu sein. Das aber ist in einem Land, das enorme Anstrengungen in dieser Hinsicht unternommen hat und sich akut aus einer Rezession nicht befreien kann, genauso nichtssagend und abwegig wie derzeit in Europa.

Der Fall Argentinien zeigt eines mit aller Deutlichkeit: Das Währungssystem muß in erster Linie dafür sorgen, daß ein Land seine Wettbewerbsfähigkeit erhält. Wer bei festen Wechselkursen einmal zurückgefallen ist, kann den Rückstand praktisch nicht mehr aufholen. Weil aber die Aufwertung des einen logischerweise die Abwertung des anderen ist, kann es kein internationales Währungssystem geben, das auf nationalen Ecklösungen aufbaut. Das bringt die großen Länder allerdings in eine mißliche Lage. Ihren Sonntagsreden über Globalisierung und die wunderbare neue Welt der offenen Märkte wird bald niemand mehr glauben, wenn sie nicht dazu sagen, wie die Entwicklungs- und Schwellenländer ihre monetären Verhältnisse in den Griff bekommen sollen und welchen Beitrag die Großen selbst dazu leisten werden. Verweigern sie sich weiterhin konsequent jeder multilateralen Verpflichtung im Bereich des Währungssystems, müssen die aufholenden Volkswirtschaften das Paradigma des offenen Marktes über Bord werfen.

Offensichtlich sind alle internationalen Institutionen hoffnungslos überfordert, wenn es um eine vorurteilsfreie Diagnose

und um eine angemessene Therapie für ein in existenzieller Not befindliches Land geht. Der Internationale Währungsfonds hängt theoretischen Dogmen an, die nichts mit der Realität gemein haben, und in den Ministerräten gibt es niemanden, der bereit und in der Lage wäre, diese Dogmen in Frage zu stellen. Aber nicht nur die Politik, auch die Märkte haben wieder einmal fundamental versagt. Natürlich sind Banken und Kleinanleger in Europa von der Argentinien-Krise betroffen, weil sie in großem Stil in argentinische Anleihen investiert haben. Man muß aber auch dazu sagen, daß die Anleger von den professionellen Beobachtern des Marktes massiv gedrängt wurden, die "attraktiven" argentinischen Anleihen zu zeichnen. Noch vor wenigen Jahren galt Argentinien als "Geheimtip", wenn man hohe Renditen bei geringem Risiko erzielen wollte. Mehr als 10% Zinsen in US-Dollars, also ohne Währungsrisiko, könne man da verdienen, wurde jedem erzählt, der bei seiner Sparkasse nach günstigen internationalen Anlagen fragte. Kein Land der Welt aber kann auf Dauer 10 % oder gar mehr an Dollarzinsen bezahlen, ohne in die Zahlungsunfähigkeit zu geraten. Jeder, der dort angelegt hat, hat folglich seine heutigen Verluste im wahren Sinne des Wortes verdient. Die Frage nach der Verantwortung der Anlageberater muß, wie nach der Aktienblase, allerdings auch hier gestellt werden.

Argentinien aber hat jetzt eine Chance. Jenseits der Dogmen und trotz aller unmittelbaren Härten, die die Abwertung mit sich bringt, bietet sich dem Land zum ersten Mal seit vielen Jahren die Möglichkeit, sich aus der Krise befreien. Entscheidend dafür ist, daß es gelingt, zusammen mit der Abwertung eine rein nationale Geldversorgung zu organisieren und das Zinsniveau zu normalisieren. Das allein jedoch löst das Wechselkursproblem nicht auf Dauer. Schon sind die Auguren des Unilateralismus wieder auf dem Plan und empfehlen den Sprung von der einen Ecke, absolut festen Wechselkursen, in die andere völlig flexibler Kurse. Wertet Buenos Aires jedoch unter dem Druck des Marktes über-

mäßig ab, ist nicht nur die innere Stabilität gefährdet, sondern auch die wirtschaftliche Situation der wichtigsten Nachbarländer, insbesondere die Brasiliens. Soll Brasilien dann erneut abwerten, danach wieder Argentinien und dazwischen alle anderen in Lateinamerika? Wie im Falle Brasiliens 1999 zeigt nichts die Hilflosigkeit der internationalen Gemeinschaft besser als der empfohlene Sprung von einem Extrem ins andere. Buenos Aires sollte stattdessen konsequent auf die Hilfe der internationalen Gemeinschaft und deren Ratschläge verzichten und sich mit seinen Nachbarn koordinieren, um einen Abwertungswettbewerb zu verhindern und eine möglichst kohärente Politik für Südamerika insgesamt zu machen. In der scheinglobalisierten Welt ist Regionalismus der einzige Ausweg.

Anmerkungen:

(1) Als ich im Herbst 1998 im "Spiegel" ein flexibleres Währungssystem forderte, das es allen Ländern ermöglicht, die Wechselkurse in kontrollierter Weise an die Fundamentaldaten anzupassen, gab es weltweit einen Aufschrei der Empörung

über soviel "Interventionismus" am Devisenmarkt, und der heutige Finanzminister kommentierte das später mit den Worten, ich hätte die Welt gegen mich aufgebracht.

(2) Vgl. dazu und zu einer Auseinandersetzung mit der einschlägigen modernen Literatur: Heiner Flassbeck, *The Exchange Rate: Economic Policy Tools or Market Price?* UNCTAD Discussion Paper No. 157, November 2001.

(3) In diesem Sinne wurde am 7. Januar 2002 (also nach der Argentinien-Krise) im "Handelsblatt" von einem Fondsmanager das größte europäische Land mit einem currency board, Bulgarien, als "Hartwährungsland" bezeichnet und heftig wegen seiner Wirtschaftspolitik gelobt. Daß ein Land mit kurzfristig fixiertem Wechselkurs noch lange kein Hartwährungsland ist, sollte man eigentlich im ersten Semester an der Hochschule lernen, aber die Einschätzung ist typisch: Solange es irgendwie geht, werden die Daten schön interpretiert, um die Anleger zu bewegen, ihr Geld in hochverzinsliche Anleihen dieses Landes zu investieren. Ob das Land auf Dauer mit einer solchen Zinsbelastung leben kann, interessiert den "Markt" in keiner Weise.

3. Der IWF schlägt wieder zu. Wirtschaftsdebakel in Argentinien. Von Arthur MacEwan

Während IWF-Chef Köhler am 16. Januar generös verkündete, dass man Argentinien Schulden in Höhe von 933 Millionen Dollar (die Gesamtauslandsschulden belaufen sich auf 155 Milliarden Dollar!) bis zum Januar 2003 stunden werde, stammelte sein Abteilungsleiter für die westliche Hemisphäre, Claudio Loser, im argentinischen Radio Mitre Plattitüden. Der Fonds hätte ein "kohärentes Wirtschaftsprogramm" verlangen sollen und "es kann im argentinischen Fall Fehler gegeben haben". Da formulierte es der britische Guardian am 22. Dezember etwas flotter: "Das IWF-Buch der Weisen mit Ratschlägen, wie man eine Finanzkrise löst, muss sehr kurz sein. Als Argentinien im Chaos versank, war das einzige Wort, das man aus Washington hörte, die hilfreiche Beobachtung des IWF-Chefvolkswirtes, dass der derzeitige Politikmix nicht haltbar sei. Wer hätte das gedacht?" Und der vormalige Chefvolkswirt der Weltbank, Joseph Stiglitz, dozierte: "Hier machte der IWF einen fatalen Fehler: Er ermunterte zu einer restriktiven Haushaltspolitik. Derselbe Fehler, den er schon in Ostasien gemacht hatte, nämlich die Annahme, dass Haushaltsdisziplin das Vertrauen wiederherstellen würde... Vertrauen wird selten wiederhergestellt, wenn eine Wirtschaft tief in eine Rezession mit zweistelligen Arbeitslosenraten gerät." Nun wird Argentinien wohl das Versuchskarnickel für die

neue IWF-Politik, auf die die stellvertretende Direktorin, Anne Krueger, am deutlichsten hinwies, als sie bereits Ende November 2001 von einem neuen internationalen Insolvenzrecht zu plaudern begann.

Im vierten Jahr der Rezession, während sich die offizielle Arbeitslosenrate den 20 Prozent näherte und die Sozialausgaben immer mehr zusammengestrichen wurden, ging Argentinien in den Tagen vor Weihnachten auf die Straße. Ausgelöst von der Einschränkung des Zugriffs auf die eigenen Bankkonten breiteten sich politische Demonstrationen und Plünderungen von Lebensmittelgeschäften im ganzen Land aus. Zuerst erklärte die Regierung den Ausnahmezustand, aber solange die Polizisten den Plünderungen einfach zuschauten, konnte sie nicht viel machen. Einen Tag nach Beginn der Demonstrationen trat der Wirtschaftsminister ab und sein Präsident folgte ihm ein paar Tage später. Die hastig zusammengeflückte Interimsregierung erklärte sich sofort für zahlungsunfähig – mit 155 Milliarden Dollar die größte Staatspleite der Geschichte – und versprach ein Beschäftigungsprogramm und eine neue Währung. Aber die wirtschaftliche Instabilität hielt an und so gelang es der Regierung nicht, breite Unterstützung zu finden, woraufhin sie sich schnell wieder auflöste.

Es ist noch nicht lange her, da war Argentinien der Musterknabe des Wirtschaftsliberalismus, den der IWF betreibt. Die Regierungen in Buenos Aires privatisierten Staatsunternehmen, liberalisierten Außenhandel und ausländische Investitionen und strafften die nationale Steuer- und Haushaltspolitik. Zu Beginn der neunziger Jahre schien das der Wirtschaft gut zu tun. Aber das gute Wirtschaftswachstum stand auf einem schwachen Fundament. Die wenigen Jahre substantiellen Wachstums scheinen zu guten Teilen das Ergebnis einer wachsenden internationalen Verschuldung, einer zufälligen Ausdehnung der Auslandsmärkte und kurzfristigen Geldinjektionen aus dem Verkauf von Staatsunternehmen gewesen zu sein. Noch bevor das Jahrzehnt zu Ende war, begann das Traumschloss in sich zusammenzufallen.

Die derzeitigen Probleme Argentiniens sind um so schwerwiegender, als die Regierung Anfang 1990 zur Bekämpfung der Inflation ein "Currency Board" einrichtete, das heißt den Peso im Verhältnis eins zu eins an den US-Dollar band. Um diesen fixierten Wechselkurs zu garantieren, musste der Currency Board Dollarreserven horten und konnte die Versorgung der nationalen Wirtschaft mit Pesos nicht ausdehnen ohne eine entsprechende Erhöhung der Dollarreserven. Weil gegen Ende der 80er Jahre eine Inflation von absurden bis zu 200% im Monat herrschte, erschien die Dollarbindung zunächst attraktiv.

Mitte der 90er Jahre war die Inflation buchstäblich eliminiert – die Flexibilität in der Geldpolitik allerdings auch. Als sich die derzeitige Rezession anbahnte, konnte die Regierung die Geldmenge nicht erhöhen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Schlimmer noch: In dem Maße, in dem die Wirtschaft schrumpfte, begann auch der Dollar-Zustrom aus dem Ausland abzunehmen, wodurch die Regierung wegen der Dollarbindung noch weniger eingreifen konnte. Und noch schlimmer: In den späten 90er Jahren war der US-Dollar im Vergleich zu anderen Währungen stark und mithin, wiederum wegen der Dollarbindung, auch der Peso, was die argentinischen Exporte weiter schwächte.

Im Laufe des Jahres 2001 vertiefte sich die Rezession in Argentinien weiter. Obwohl der IWF zusätzliche Mittel in das Land pumpete, knüpfte er dies an die Bedingung, das Haushaltsdefizit vollständig abzubauen. Da es mit der Wirtschaft weiter steil bergab ging und die Steuereinnahmen sanken, waren drastische Ausgabenkürzungen das einzige Mittel zum Haushaltsausgleich. Das bedeutete aber, die Sozialprogramme vollends abzubauen und die Gesamtnachfrage zu reduzieren. Mitte Dezember kündigte die Regierung an, die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um 20% und

die Renten weiter zu kürzen. Weil die sich verschärfende Krise die Angst nährte, der Peso könnte abgewertet werden, fing die Regierung gleichzeitig damit an, die Leute per Gesetz am Kauf von Dollars zu hindern. Das waren die letzten Tropfen, die das Fass vor Weihnachten vollends zum Überlaufen brachten.

Katastrophe unter Anleitung des IWF

Die argentinische Wirtschaftspolitik ist in den letzten 15 Jahren wesentlich von der Unternehmerelite des Landes getragen worden, vornehmlich von jenen Teilen, die im Finanzsektor und im Export von Rohstoffen engagiert sind. Diese Gruppen haben in diesen Jahren substanzielle Gewinne gemacht.

In den neunziger Jahren wurde die Wirtschaftspolitik Argentiniens gleichzeitig unter Anleitung des IWF formuliert und umgesetzt. Von Ende der 80er Jahre an gab eine Reihe von Anleihen dem IWF den Hebel in die Hand, die argentinische Politik zu lenken, die mehr und mehr das neokonservative Wirtschaftsprogramm des Fonds übernahm. Auch als die Rezession begann, fuhr der IWF ohne zu schwanken mit seiner Unterstützung fort. Er versorgte Argentinien mit "kleinen" Krediten wie jenen 3 Milliarden US-Dollar Anfang 1998, als die wirtschaftlichen Schwierigkeiten angingen. In dem Maße, in dem die Krise anschwellte, erhöhte der IWF seine Unterstützung, gab Ende 2000 13,7 Milliarden selbst und arrangierte Anleihen aus anderen Quellen in Höhe von 26 Milliarden. Als sich die Dinge im Verlaufe von 2001 weiter verschlechterten, sagte der IWF weitere 8 Milliarden Dollar zu.

Der IWF knüpfte seine Freigiebigkeit an die Bedingung, dass die Regierung ihre restriktive Geld- und Haushaltspolitik beibehalte. Die Defizitsenkung, die laut IWF der Schlüssel für makroökonomische Stabilität ist (die ihrerseits der Schlüssel für wirtschaftliches Wachstum sein soll), wurde geradezu besessen betrieben. Anfang Juli 2001, am Vorabend einer größeren Ausgabe von Staatsanleihen, kündigte die argentinische Regierung Haushaltskürzun-

gen um 1,6 Milliarden Dollar (ungefähr 3% des nationalen Haushalts) an – in der Hoffnung, das würde die Investoren beruhigen und eine Zinssenkung erlauben. Anscheinend haben die Investoren diese Haushaltskürzungen aber als Zeichen für eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage interpretiert und die Anleihen konnten nur mit einem erheblich höheren Zinsangebot verkauft werden (14% verglichen mit 9%, was ähnliche Anleihen Mitte Juni boten). Im Dezember erforderten dann die Anstrengungen, den Haushalt auszugleichen, weit drastischere Kürzungen, und die Regierung kündigte an, ihre Ausgaben um 9,2 Milliarden Dollar (entsprechend 18% des Gesamthaushaltes) kürzen zu wollen.

So liefert Argentinien jetzt ein weiteres Beispiel für die Unfähigkeit der IWF-Politik, in Ländern mit niedrigen Einkommen die Grundlage für ein langfristiges wirtschaftliches Wachstum herzustellen. Zahlreiche Länder haben ähnliche Probleme: ein Großteil von Afrika südlich der Sahara, Mexico und mehrere andere lateinamerikanische Länder, Thailand und weitere Länder Ostasiens, die von der Krise von 1997 getroffen wurden. Der IWF-Politik gelingt es oft, Inflation zu stoppen: Scharfe Kürzungen der Staatsausgaben und eine restriktive Geldmengenpolitik bringen im allgemeinen niedrigere Preissteigerungsraten. IWF-Programme können auch einen starken Zustrom von ausländischen Krediten auslösen – vom Fonds selber und von der Weltbank, von der US-Regierung und den Regierungen anderer Länder mit hohem Einkommen und, wenn der IWF einmal sein Placet gegeben hat, von international operierenden Banken. Nirgendwo aber hat das IWF-Politikset zu einem stabilen, nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstum geführt. Und es führt auch häufig wie in Argentinien zu wachsender Einkommens- und Vermögensungleichheit.

Die Manie des IWF, auch in Zeiten der Krise die Staatsausgaben zu reduzieren, ist oft mit der Behauptung begründet worden, dass ein ausgeglichener Haushalt die Grundlage für langfristiges Wachstum und

Stabilität ist. Offiziell beklagt der IWF, dass eine solche Politik negative Auswirkungen auf Gruppen mit niedrigen Einkommen hat, weil sie zu hoher Arbeitslosigkeit und zum Abbau von Sozialausgaben führt. Und doch behaupten IWF-Funktionäre, das sei notwendig, um eine langfristige Stabilität zu erreichen. Nonsense. In Rezessionen sind gemäßigte Haushaltsdefizite, wie jene, die Argentinien in den letzten Jahren hatte, eine wünschenswerte anti-zyklische Politik und ausgeglichene Haushalte verschärfen den Abschwung bloß. Kürzungen von Sozialausgaben im Bildungs- und Gesundheitsbereich und in der physischen Infrastruktur schlagen die Beine weg, die langfristiger wirtschaftlicher Fortschritt braucht, um zu laufen.

Warum hält der IWF an verfehlten Politiken fest?

Aber der IWF hält an seiner Politik fest – wahrscheinlich, weil sie mächtigen Interessen in der US- und Weltwirtschaft dient. Schließlich wird der IWF weder von den Leuten noch von den Regierungen der Länder mit niedrigen Einkommen kontrolliert. Er funktioniert nicht einmal wie andere UN-Unterorganisationen, wo die Regierungen zumindest formell bei den Abstimmungen gleichberechtigt sind. Der IWF wird vielmehr von den Regierungen der Länder mit hohem Einkommen kontrolliert, die ihm die Mittel für seine Operationen zur Verfügung stellen. Die US-Regierung hat bei weitem den größten Einfluss. Mit über 18 Prozent der Stimmanteile kontrolliert die US-Regierung den Fonds de facto. Tatsächlich hat der IWF über die Jahre weitgehend als eine Abteilung des US-amerikanischen außenpolitischen Apparates funktioniert, der versucht, ein Klima im Interesse der US-Wirtschaft zu schaffen – d.h. der in den Vereinigten Staaten ansässigen transnationalen Firmen. Dasselbe Klima dient auch jenen Multis, die in Europa, Japan und anderswo beheimatet sind, so dass die USA im allgemeinen von den mit ihnen verbündeten Regie-

rungen bei der Leitung des IWF unterstützt werden.

Am wichtigsten dabei ist, dass der IWF den Regierungen erzählt, eine uneingeschränkte Öffnung für ausländische Importe und Investitionen sei der Schlüssel zum wirtschaftlichen Wachstum. Buchstäblich alle Erfahrungen legen aber das Gegenteil nahe – nämlich dass umfangreiche Regulierungen des Außenhandels durch eine Regierung eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiches wirtschaftliches Wachstum gewesen sind. Großbritannien, die Vereinigten Staaten, die westeuropäischen Länder, Taiwan, Süd-Korea – alle haben nicht den Freihandel, sondern staatliche Regulierungen des Handels zur Grundlage für ihre Entwicklung gemacht. Der IWF mogelt sich um die unbequemen historischen Tatsachen herum, indem er die Förderung des Freihandels mit einem intensiven Engagement in der Weltwirtschaft kombiniert. Aber die beiden Dinge bedeuten nicht dasselbe. Es stimmt zwar, dass erfolgreiche Entwicklung immer von umfangreichem internationalem Engagement begleitet gewesen ist, aber durch einen regulierten Handel und eben nicht durch Freihandel.

Die dramatischen Erfahrungen mit dem Finanzkapital zeigen einen ähnlichen Widerspruch zwischen der Rhetorik des IWF und der Wirklichkeit. In den zwanzig Jahren, in denen der Einfluss dieses Sektors ständig gewachsen ist, nämlich in den achtziger und neunziger Jahren, hat der IWF Länder mit niedrigen Einkommen permanent dazu gedrängt, ihre Kapitalmärkte zu liberalisieren. Kapitalkontrollen seien, so behauptet er, absolut schädlich für die Entwicklung. Dann kam das Jahr 1997, als die offenen Kapitalmärkte in Ostasien zusammenbrachen. Danach schien klar, dass die wirklichen Gewinner von offenen Kapitalmärkten die Finanzkonzerne in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern mit hohem Einkommen sind.

Dieselben Unternehmen gewinnen auch mit einem weiteren Bestandteil des IWF-Politikpakets. Haushaltsdisziplin bedeutet

nach den Lehren des IWF, dass die Regierungen der Bedienung ihrer Auslandsschulden die höchste Priorität einräumen müssen. Neue IWF-Anleihen sind in der Tat häufig notwendig, um Zinszahlungen und Tilgungen für frühere Kredite sicherzustellen. Während kein Zweifel daran besteht, dass Banken, die in New York und anderen Finanzzentren operieren, aus solcherlei Politik Nutzen und Gewinn ziehen, erhärten die vorliegenden Erfahrungen nicht die Behauptung, dass die Zahlungsunfähigkeit oder –unwilligkeit von Regierungen zu finanziellen Desastern führt. Statt dessen legen die Erfahrungen den Schluss nahe, dass Zahlungsunfähigkeit bei den Auslandsschulden eine effektive und positive Politikoption sein kann. Auch ist vielfach angemerkt worden, dass die international operierenden Banken keinen Anreiz dazu haben, solide Kredite zu vergeben, solange sie damit rechnen können, dass der IWF die Mittel zur Verfügung stellen wird, um die Rückzahlung der von ihnen vergebenen Kredite sicherzustellen.

Das IWF-Lobbying für Privatisierungen ist ein weiteres Beispiel für die Anstrengungen des Fonds, die Weltwirtschaft immer mehr für US-Konzerne zu öffnen. Wenn in Ländern mit niedrigen Einkommen Staatsbetriebe verkauft werden, sind große transnationale Unternehmen häufig die Käufer, weil sie dank ihrer riesigen Kapitalreserven in der Lage sind, schnell zur Stelle zu sein. Natürlich waren in Argentinien und anderswo lokale Geschäftskreise oft die direkten Nutznießer von Privatisierungen – entweder auf eigene Rechnung oder als

Juniorpartner von ausländischen Firmen. Egal aber ob die Käufer von Staatsunternehmen national oder ausländisch sind, nutzt die Erweiterung des Privatsektors allemal den Privatunternehmen. Das Problem dabei ist nicht, dass Privatisierungen immer unangebracht sind, sondern schlicht und einfach, dass sie nicht, wie der IWF behauptet, immer angebracht sind.

Privatisierungen sind vor allem dann problematisch, wenn dadurch ineffektive Staatsmonopole durch private Monopole ersetzt werden, die auf diese Weise riesige Gewinne einfahren. Darüber hinaus zeigen die Erfahrungen von Mexiko D.F. bis Moskau, dass Privatisierungen häufig mit Korruption verbunden sind. ♦

Arthur MacEwan ist Wirtschaftsprofessor und Vizekanzler der Universität von Massachusetts in Boston.

Der Text erschien in *The Progressive Response*, Vol.6, Nr.1, 8. 1. 2002 und im englischen Rundbrief von attac-Frankreich, Nr. 113, 9. 1. 2002. Die im Original vorhandenen Abschnitte über die Anti-Globalisierungs-Bewegung und alternative Strategien schienen uns in diesem Zusammenhang entbehrlich, zumal diese Themen andernorts umfangreich behandelt werden.

Übersetzt, gekürzt und bearbeitet von Eduard Fritsch

Quelle: ila 252

www.ila-web.de

4. ARGENTINIEN: SCHWACHES GLIED IN DER WELTWEITEN SCHULDENKETTE? von Eric Toussaint

Die heutige Situation in Argentinien ist sehr schlecht und spiegelt die Auswirkungen einer dreijährigen Rezession, deren Ursachen in der Anwendung einer ausserordentlich aggressiven Variante der neoliberalen Politik liegen. Die grundlegende Umwandlung Argentiniens, die unter der

Militärdiktatur (1976-1983) begann, wurde danach während weiteren knapp 20 Jahren von den verschiedenen nachfolgenden Regierungen fortgesetzt. Im Gegensatz zu einer weit verbreiteten Idee gab es nie einen wirklichen Bruch nach dem Ende der Diktatur. Insgesamt hat das Wechselspiel

der verschiedenen Regierungen nichts Grundlegendes an dem rückwärts gewandten Kurs geändert, den die herrschenden Klassen Argentiniens ihrem Land in den letzten Jahrzehnten aufgezwungen haben.

Das heutige Argentinien hat nicht mehr viel mit jenem der 40er, 50er und 60er Jahre zu tun. Als ehemals aufstrebende Industriemacht der Peripherie ist Argentinien weit zurückgefallen, und die Mehrheit der Bevölkerung lebt unter schlechteren Bedingungen als vor 30 Jahren. Seit dem Beginn der Diktatur im März 1976 ist die Schuld des Staates bis ins Jahr 2001 beinahe um das Zwanzigfache angewachsen (von weniger als 8'000 Millionen Dollar auf beinahe 160'000 Millionen Dollar). In derselben Zeitspanne hat Argentinien etwa 200'000 Millionen Dollar an Schulden und Zinsen zurück bezahlt, das heisst beinahe 25 mal mehr, als seine Schulden 1976 betragen.

(...)

In beinahe unübertrefflicher Weise illustriert der Fall Argentinien den teuflischen Charakter der Verschuldung der Länder der Dritten Welt (und der Peripherie im allgemeinen). Auf Grund des Schuldendienstes – nicht trotz demselben! – schuldet das Land seinen Gläubigern im Jahr 2001 etwa 20 mal mehr als zu Beginn der Diktatur. Ein Grossteil der in der Zwischenzeit neu aufgenommenen Kredite diente dazu, fällig gewordene Schulden zu refinanzieren oder zurück zu bezahlen. Der argentinische Schuldendienst erzeugt einen enormen Transfer von Reichtum, den die Lohnabhängigen geschaffen haben, hin zu gewissen Kapitaleigentümern. Dabei handelt es sich teilweise um argentinische Kapitalisten, mehrheitlich aber um solche, die in den führenden Industrieländern beheimatet sind, insbesondere in den USA und in Westeuropa. Dieser Mechanismus ist einfach zu verstehen: Der argentinische Staat verwendet einen stetig anwachsenden Teil seiner Steuereinnahmen (die mehrheitlich vom einfachen Volk bezahlt werden) für den Schuldendienst und weitere Geschenke an die Privatwirtschaft. Wem fließen diese Gelder zu? In erster Linie

den privaten internationalen Finanzinstituten, in deren Besitz sich über 80 Prozent der argentinischen Aussenschuld befindet. Der Höhepunkt dieses traurigen Spektakels besteht darin, dass die argentinischen Kapitalisten ihr Geld, das sie dem Land entzogen haben, an den nordamerikanischen und europäischen Finanzmärkten, wo sich der argentinische Staat verschuldet, für den Kauf eben solcher argentinischer Schuldtitel verwenden und einen Teil des Schuldendienstes einstecken.

(...)

Um das Verständnis der heutigen Situation zu erleichtern, erwähne ich einige Elemente aus der argentinischen Geschichte seit Beginn der Diktatur.

Verschuldung und Militärdiktatur

Während der Zeit der Diktatur von General Videla (1976-1981) sind die argentinischen Schulden regelrecht explodiert (siehe Darstellung unten). Die durch den Wirtschaftsminister der Diktatur, Martinez de Hoz, nach dem 2. April 1976 umgesetzte Wirtschaftspolitik hat einen Prozess der Zerstörung der Produktionskapazitäten des Landes eingeleitet und dadurch einer Spekulationswirtschaft den Weg geebnet, unter deren verheerenden Folgen Argentinien heute leidet. Die meisten Kredite, die der argentinischen Diktatur gewährt wurden, kamen von privaten Banken aus den Industrieländern. Bemerkenswert war die vollständige Zustimmung der U.S.-amerikanischen Behörden (sowohl der Zentralbank als auch der Regierung) zu dieser Politik der Verschuldung. Sie haben darin von Beginn an ein Mittel gesehen, um in Argentinien an Einfluss zu gewinnen. (...) Um von den privaten Banken selbst Kredite aufnehmen zu können, verpflichtete die argentinische Regierung die öffentlichen Unternehmen des Landes dazu, sich bei den internationalen Finanzinstituten ebenfalls zu verschulden. So wurden die öffentlichen Unternehmen zu einem wichtigen Instrument der „Ent-Nationalisierung“ des Staates, denn durch die Verschuldung gingen zentrale Elementen

te der nationalen Souveränität Schritt für Schritt verloren.

(...)

Erzwungene Verschuldung der öffentlichen Unternehmen

So wurde zum Beispiel das grösste öffentliche Unternehmen Argentiniens, die im Erdölbereich tätige YPF (Yacimientos Petroliferos Fiscales), dazu gezwungen, im Ausland Schulden aufzunehmen, obschon es über genügend Eigenmittel verfügte. Am 24. März 1976, dem Tag des Militärputsches, lag die Aussenverschuldung von YPF bei 372 Millionen Dollar. Sieben Jahre später, am Ende der Diktatur, war diese Zahl um das Sechzehnfache auf ca. 6'000 Millionen Dollar angestiegen. Von diesen Beträgen in ausländischen Devisen ist allerdings kaum etwas in den Kassen des Unternehmens gelandet, sondern fast alles in den Händen der Diktatoren liegen geblieben. (...) Im Juni 1982 stellte die Verschuldung gleich viel dar wie die gesamten Aktiva des Unternehmens.

Die Verschuldung des Staates

Die Wirtschaftsverantwortlichen der Diktatur und der Internationale Währungsfonds (IWF) rechtfertigten die Verschuldungspolitik mit der Notwendigkeit, die Reserven in ausländischen Währungen zu erhöhen, um eine Politik der wirtschaftlichen Öffnung verfolgen zu können. (...) In der Regel wurden die riesigen Summen, die von den Banken aus den Industrieländern ausgeliehen wurden, sofort wieder als Guthaben auf Konten derselben Banken oder der Konkurrenz angelegt. 83 Prozent dieser Reserven wurden 1979 bei Finanzinstituten im Ausland angelegt: Die Reserven lagen bei 10'138 Millionen Dollar, und die Guthaben bei ausländischen Banken bei 8'410 Millionen Dollar. Im selben Jahr ist die Aussenverschuldung Argentiniens von 12'496 auf 19'034 Millionen Dollar angestiegen (Olmos, 1990, S. 171-172). In jedem Fall war der Zins, den der Staat für die deponierten Guthaben erhielt, kleiner als jener, den er – in vielen Fällen densel-

ben Banken - für die aufgenommenen Kredite bezahlte.

Welche Logik stand hinter dieser Politik der argentinischen Behörden? Erstens konnten sie dadurch ihre persönliche Bereicherung voran treiben, in dem sie von den Banken aus den Industrieländern immer wieder „Kommissionen“ für die geleisteten Dienste erhielten. Zweitens verfolgten sie das Ziel, ihre Reserven in internationalen Währungen zu erhöhen, um die Importe zu steigern – insbesondere den Kauf von Waffen (scheinbar sind Waffenkäufe von ungefähr 10'000 Millionen Dollar getätigt worden). Schliesslich erlaubte es diese vom IWF unterstützte Verschuldungspolitik der argentinischen Diktatur, ihr internationales Ansehen zu verbessern, insbesondere in den USA. Ohne den Segen der U.S.-amerikanischen Regierung wäre die Diktatur nicht in der Lage gewesen, in den ersten Jahren nach dem Militärputsch (1976-1980) ihr Terrorregime aufrecht zu erhalten. Die Federal Reserve (Zentralbank der USA) ihrerseits war der argentinischen Wirtschaftspolitik umso mehr zugeneigt, als ein grosser Teil der ausgeliehenen Gelder auf Konten von U.S.-amerikanischen Banken angelegt wurde. In den Augen der U.S.-Regierung und des IWF diente die Verschuldung Argentiniens dazu, ein Land wieder unter Kontrolle zu bringen, das während Jahrzehnten einen widerspenstigen Nationalismus an den Tag gelegt hatte und dem eine gewisse eigenständige wirtschaftliche Entwicklung unter dem peronistischen Regime gelungen war.

(...)

Nach dem Ende der Diktatur: die Regierung Alfonsín und die Straflosigkeit

Als die Diktatur zu Ende war, gab die argentinische Zentralbank bekannt, dass sie über kein Verzeichnis der staatlichen Aussenverschuldung verfüge. Die nachfolgenden Regierungen und Verwaltungen mussten sich also auf Angaben der ausländischen Gläubiger stützen sowie auf Verträge, die von Verantwortlichen der Diktatur unterzeichnet worden waren, ohne die Unterschrift der Zentralbank einzuholen.

Trotzdem entschied die neue Regierung unter Präsident Alfonsín, die gesamte private und öffentliche Schuldenlast aus der Zeit der Diktatur zu anerkennen. Zum selben Zeitpunkt, in dem die für die Folter in den Gefängnissen verantwortlichen Generäle dank zweier in den Jahren 1986 und 1987 verabschiedeten Gesetzen des „Schlussstriches“ und der „geschuldeten Gehorsamkeit“ jeglicher Strafe entkamen, wurde also auch die Weste der Wirtschaftspolitiker der Diktatur weiss gewaschen. Die meisten der hohen Beamten im Wirtschafts- und Finanzministerium behielten ihre Funktionen, manche wurden sogar promoviert. Was die Generäle angeht, die unter der Diktatur mindestens 30'000 Menschen umbringen liessen, so sind viele von ihnen ebenfalls in ihren Funktionen verblieben, wogegen andere in den Genuss einer frühzeitigen Pensionierung kamen. Als einer von ihnen, der General Astiz, zum ersten Mal das Gesetz des Schweigens brach, war dies ein regelrechter Skandal: „1982 hat mich ein Freund gefragt, ob tatsächlich Personen verschwunden seien. Ich habe geantwortet: Ja klar, etwa 6'500, vielleicht auch mehr, aber höchstens 10'000. Sie sind alle umgebracht worden.“ (*Le Soir*, 16. Januar 1998)

Die Verschuldung der Privatwirtschaft und die Übernahme der Schulden durch den Staat

Auch die Privatunternehmen und die argentinischen Tochtergesellschaften der ausländischen multinationalen Konzerne waren zur Zeit der Diktatur dazu ermuntert worden, sich zu verschulden. Die gesamten privaten Schulden waren auf 14'000 Millionen Dollar angestiegen. Zu erwähnen gilt es dabei insbesondere die Tochtergesellschaften von Renault, Mercedes Benz, Ford Motor, IBM, City Bank, First National Bank of Boston, Chase Manhattan Bank, Bank of America und Deutsche Bank. Der argentinische Staat hat den privaten Gläubigern, das heisst den internationalen Konzernen selbst (Renault, Mercedes Benz, Ford Motor, IBM, City Bank, First National Bank of Boston, Chase

Manhattan Bank, Bank of America, Crédit Lyonnais, Société Générale usw.) diese Schulden zurückbezahlt. Kurz gesagt: Der argentinische Steuerzahler bezahlte die Schulden der argentinischen Tochtergesellschaften multinationaler Konzerne an die Gläubiger zurück, das heisst an die Konzerne selbst oder an ausländische Bankiers. Zu vermuten wäre in diesem grotesken Szenario noch, dass gewisse Konzerne Schulden ihrer Tochtergesellschaften zum Zweck der Rückzahlung einfach auf dem Papier geschaffen haben. Jedenfalls hatten die argentinischen Behörden keinerlei Kontrolle über deren Buchhaltung.

Eine Welle von Privatisierungen

Die Regierung Menem, die auf jene des Präsidenten Alfonsín folgte, hat in den Jahren 1990 bis 1992 eine schrankenlose Politik der Privatisierung umgesetzt, wobei ein grosser Teil des Volkseigentums regelrecht verhökert wurde. Laut Schätzungen gingen so etwa 60'000 Millionen Dollar verloren. Menem benutzte die Verschuldung der öffentlichen Unternehmen als Vorwand, um der argentinischen Öffentlichkeit ihren Verkauf als einzige mögliche Lösung zu präsentieren. Die schlechte Finanzlage dieser Unternehmen war immer noch die Folge der erzwungenen Verschuldungspolitik zu Zeiten der Diktatur. Wie oben schon erwähnt wurde, ist von den damals aufgenommenen Krediten nur sehr wenig effektiv in den Kassen der Unternehmen angekommen. Menem vertraute die Aufgabe, den Wert des Unternehmens YPF zu schätzen, der U.S.-amerikanischen Investmentbank Merrill Lynch an. Diese verminderte die Erdöl-Reserven des Unternehmens auf dem Papier kurzerhand um 30 Prozent, um den Wert von YPF im Hinblick auf die Privatisierung absichtlich tief zu schätzen. Nach der Privatisierung sind diese unterschlagenen Reserven dann plötzlich wieder in den Statistiken des Unternehmens aufgetaucht. Jene Financiers, die das Unternehmen dank tiefen Aktienkursen günstig gekauft hatten, kassierten dann eine schöne Prämie, als auf Grund dieser „neuen“ Reserven die Kurse von

YPF in die Höhe schnellten. Solche Operationen wurden auch dazu benutzt, um die „Überlegenheit“ der Privatwirtschaft gegenüber den öffentlichen Unternehmen zu „beweisen“.

(...)

Prozess gegen die Diktatur

Der Skandal der argentinischen Schulden hat in den Jahren nach der Diktatur die Aufmerksamkeit der BürgerInnen auf sich gezogen. Die erste Zivilregierung richtete eine parlamentarische Untersuchungskommission ein. Diese wurde allerdings nach eineinhalbjähriger Arbeit wieder aufgelöst, weil sie zu Schlüssen kam, die die Wirtschaftspolitik der Regierung in Frage zu stellen drohten. Präsident Alfonsín hatte inzwischen entschieden, die Schulden zu verstaatlichen. Auch der nachfolgende Präsident Menem hatte vor seiner Wahl die Verantwortlichen für die Verschuldung mit Schimpf und Schande bedacht. Doch als er an die Macht gekommen war, verspürte er keine Lust mehr, auf dieses Tabuthema zurück zu kommen.

Trotzdem konnte nicht verhindert werden, dass es im Juli 2000 im Zusammenhang damit zu einem Prozess kam. Dieser ging auf eine Klage zurück, die ein argentinischer Bürger, Alejandro Olmos, im Jahr 1982 eingereicht hatte, also noch zu Zeiten der Diktatur. Dieser mutige und unermüdete Journalist hat erreicht, dass die Justizbehörden Nachforschungen über die Verantwortlichen der Verschuldung des Landes anstellen mussten. Eine Vielzahl von Anhörungen wurde durchgeführt, mit hohen Beamten der Diktatur und Verantwortlichen der öffentlichen Unternehmen. (...)

Das am 13. Juli 2000 verkündete Urteil beinhaltet keine Verurteilungen (insbesondere auf Grund der abgelaufenen Frist der Verjährung), hat zugleich aber die Dimensionen des Skandals der argentinischen Schulden ans Tageslicht gebracht. Das 195-seitige Dokument des Richters Ballesterro bestätigt eine Reihe schwerwiegender Anschuldigungen:

- Der IWF unterstützte die argentinische Diktatur aktiv und stellte ihr einen seiner hohen Funktionäre zur Seite: Dante Simone (Poder Judicial de la Nación, 13/07/2000, S. 31-32 / 106 / 109 / 127).

- Die Federal Reserve in New York hat gegenüber den U.S.-amerikanischen Banken für argentinische Kredite die Bürgschaft übernommen, um die Banken zu ermuntern, der Diktatur Geld auszuleihen. In manchen Transaktionen der argentinischen Zentralbank übernahm die Federal Reserve eine direkte Vermittlerrolle (S.127).

- Währenddem die Diktatur eine Verschuldung des Staatshaushaltes und der öffentlichen Unternehmen herbeiführte, erlaubte sie es den argentinischen Kapitalisten, beträchtliche Summen ins Ausland zu transferieren. So sollen zwischen 1978 und 1981 über 38'000 Millionen Dollar das Land in „übertriebener“ oder „nicht gerechtfertigter“ Weise verlassen haben. Dies war unter anderem dadurch möglich, dass jede in Argentinien wohnhafte Person die Möglichkeit hatte, bis zu 20'000 Dollar pro Tag zu erwerben, die dann im Ausland angelegt werden konnten (S. 56- 58).

Zusammenfassend lässt sich sagen: Der Staat verschuldete sich, währenddem die Kapitalisten ihr Vermögen ins Ausland transferierten. „Ungefähr 90 Prozent der Mittel, die die privaten und öffentlichen Unternehmen sowie der Staat über die Aufnahme von Krediten ins Land herein holten, wurden im Ausland in spekulative Geschäfte investiert.“ (S. 102) Beträchtliche Summen, die von U.S.-amerikanischen und europäischen Banken ausgeliehen wurden, landeten schliesslich also wieder auf Konten derselben Banken.

Die öffentlichen Unternehmen wie YPF wurden systematisch und absichtlich in Schwierigkeiten versetzt (S. 130). Das „demokratische“ Übergangsregime nach der Diktatur hat die Schulden der Privatunternehmen auf vollständig illegale Art und Weise in Staatsschulden verwandelt (S. 152): Es sollte also möglich sein, diesen Entscheid rückgängig zu machen. 26 jener

Privatunternehmen, deren Schulden der Staat damals übernahm, sind Finanzinstitute, darunter zahlreiche ausländische Banken, die in Argentinien Geschäfte treiben: City Bank, First National Bank of Boston, Deutsche Bank, Chase Manhattan Bank, Bank of America (S. 155-157). Der argentinische Staat, der damals bei diesen Banken verschuldet war, entschied also, deren Schulden zu übernehmen. Jeglicher Kommentar erübrigt sich.

(...)

Dieses Urteil sollte dazu verwendet werden, um eine offensive Kampagne gegen die Rückzahlung und für die Streichung der argentinischen Aussenschuld zu lancieren. Es handelt sich um illegitime Schulden, die von einem verabscheuenswürdigem Regime verursacht wurden. Die Gläubiger haben kein Recht darauf, weiterhin die Bedienung des Schuldendienstes zu verlangen. Ihre Ansprüche sind null und nichtig. Und da die neueren Kredite seit 1982-3 im Wesentlichen zur Rückzahlung der Schulden aufgenommen wurden, ist die gesamte heutige Aussenverschuldung weitgehend illegitim. Argentinien könnte sich ohne Zweifel auf das geltende Völkerrecht abstützen, um zu begründen, dass diese Schulden nicht zurück bezahlt werden müssen. (...)

Die Einstellung der Schuldentrückzahlungen muss durch weitere Massnahmen ergänzt werden. Im folgenden nenne ich einige Vorschläge, die diskutiert werden sollten. Erstens sollte eine internationale Untersuchung über die im Ausland angelegten, illegitim angehäuften Guthaben von in Argentinien wohnhaften Personen eingeleitet werden. Die Guthaben argentinischer Kapitalisten auf Konten der Banken der führenden Industrieländer erreichen ein Total von ca. 40'000 Millionen Dollar (vgl. BIS Quarterly Review: International Banking and Financial Markets Developments, June 2001, www.bis.org). Das Ziel muss darin bestehen, möglichst viel von diesen Mitteln, die dem Land entzogen wurden, der Bevölkerung zurück zu geben. Zweitens sollten Massnahmen zur Kontrolle der Kapitalströme und des Devisenhandels

eingeführt werden, um den Kapitalabfluss zu stoppen und spekulative Angriffe auf die Währung zu verhindern. Drittens muss eine Steuerpolitik eingeführt werden, die auf eine Umverteilung des Reichtums abzielt: ausserordentliche Besteuerung der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung, Besteuerung der Kapitaleinkommen, Senkung der Mehrwertsteuer auf jenen Produkten und Dienstleistungen, die grundlegende Bedürfnisse befriedigen... Viertens müssen jene Dekrete und Gesetze für ungültig erklärt werden, durch die eine Reduktion der Löhne, Altersrenten und anderen Sozialleistungen durchgesetzt wurde. Das System der sozialen Sicherung muss verteidigt und ausgebaut werden. (...) Fünftens sollten die aus ungerechtfertigten Gründen privatisierten Unternehmen wieder dem öffentlichen Sektor einverleibt werden, zunächst jene in den strategisch wichtigen Bereichen (Energie, Erdöl, Kommunikationsdienstleistungen ...).

Auf internationaler Ebene: die Entstehung einer geschlossenen Front der verschuldeten Länder unterstützen; wirtschaftlich ausgeglichene Entwicklungen und den Handel unter den Ländern des Südens begünstigen; entschlossener Widerstand gegen das Projekt ALCA / FTAA (panamerikanische Freihandelszone); Ablehnung der militärischen Offensive der USA (U.S.-Militärbasen, Raketenabwehrsystem mit strategischen Stützpunkten im Süden, Plan Colombia); Unterstützung von Initiativen zugunsten einer Tobin-Steuer auf internationale Finanzgeschäfte.

Die erwähnten Vorschläge stellen mögliche Ansätze für eine Alternative zum neoliberalen Modell dar. Es handelt sich nicht um ein ausgefeiltes Programm, das als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden muss. Viel mehr geht es darum anzudeuten, dass es Lösungen gibt, sofern man mit der teuflischen Logik der Verschuldung ohne Ende und der sich verschärfenden Abhängigkeit bricht.

Quelle: www.otherdavos.org

(veröffentlicht auf französisch unter www.transnationale.org)

5. Alter Wein in alten Schläuchen. Zweifelhaftes Personal will Argentinien aus der Krise führen von Eduard Fritsch

Ein "Linksperonist" sei Argentiniens neuer Präsident Eduardo Duhalde, meinte die eigentlich linke Tageszeitung "junge Welt" am 11. Januar. Da trifft sie sich indirekt mit der "Wirtschaftswoche", die am 7. Januar apodiktisch verkündete: "Argentinien bereitet seinen Ausstieg aus der freien Marktwirtschaft vor." Die rechte spanische Tageszeitung "ABC" sieht in Duhalde gar einen Kämpfer gegen das internationale, vor allem spanische Kapital: "Es ist paradox und ernst, dass Spanien Opfer der wirtschaftlichen Anpassung werden soll, wo es doch eines der wenigen Länder gewesen ist, die in Worten und Taten die Hilfe und die Solidarität gegeben hat, die Argentinien braucht." (7. Januar) Da kommen wir doch ins Staunen: Menems früherer Vizepräsident und Ex-Gouverneur der Provinz Buenos Aires, dessen Amtszeit durch Korruptionsskandale und Menschenrechtsverletzungen geprägt war, ein Linker? Da lohnt es doch, sich Duhalde und seine Mitstreiter etwas genauer anzuschauen.

Aufschlussreich ist schon die Mannschaft, die Duhalde um sich geschart hat – im Wesentlichen peronistische Führer aus seiner Heimatprovinz Buenos Aires (die Provinz Bs. As. grenzt an die Hauptstadt Bs. As., welche selbst nicht zur Provinz Bs. As. gehört – die Red.). Das Wirtschaftsressort in Duhaldes Kabinett übernahm Remes Lenicov. Dieser war acht Jahre Wirtschaftsminister der Provinz Buenos Aires und diente Duhalde 1999 auch als wirtschaftspolitischer Frontmann bei seinem erfolglosen ersten Anlauf auf das Präsidentenamt (damals verlor Duhalde gegen de la Rúa). Der Rückgriff Duhaldes auf den bewährten Lenicov und die Ernennung des vormaligen Unternehmerverbandspräsidenten de Meniguren zum Produktionsminister signalisieren, was längst klar war und in Lenicovs Wirtschaftspaket umgesetzt wird: Duhaldes seit einiger Zeit gepflegte Zugehörigkeit zu jenem Flügel des Peronismus, der die Interessen der nationalen Agrar- und Industriebourgeoisie vertritt und das Heil in einer wettbewerbsfähigen Exportwirtschaft sucht. IWF und Interamerikanische Entwicklungsbank werden die eine oder andere freche Bemerkung, die spanischen Multis Einbußen bei ihren sich in den Sphären des magischen Realismus bewegendem Extraprofiten hinnehmen müssen. Eine grundsätzliche Gefährdung

ihrer Interessen brauchen sie von Seiten des peronistischen Führungspersonals aber nicht zu befürchten, denn Dinge wie die Verbesserung der Einkommensverteilung und des Bildungssystems und die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen führt das zwar gern und viel im Munde, aber solche Maßnahmen "müssen warten, bis die makroökonomische Ordnung wieder hergestellt ist" (Remes Lenicov).

Zwar unkt die neoliberale Internationale von Washington über Brüssel bis Madrid, von der New York Times über die Neue Züricher Zeitung bis zum Manager-Magazin und warnt davor, die freie Marktwirtschaft und die Globalisierung für die argentinische Krise verantwortlich zu machen, aber alle wissen, dass die neue Regierung selbstverständlich mit dem IWF, den spanischen Konzernen, den einheimischen Agrarkapitalisten usw. verhandeln und ein gutes Einvernehmen suchen wird. In dem Maße, in dem es gelingt, die Straße per Zuckerbrot (Nahrungsmittelhilfe und Arbeitsbeschaffung) und Peitsche (Repression gegen DemonstrantInnen) ruhig zu stellen und die Banken zum xten Mal in der jüngeren argentinischen Geschichte gerettet werden, wird die "internationale Gemeinschaft" vergessen, was sie in den ersten Januartagen so alles über die

Herren Duhalde und Carlos Ruckauf erfahren hat.

Duhalde und Ruckauf als Gouverneure

Bis heute kann niemand erklären, wie es Duhalde in seiner Zeit als Gouverneur der Provinz Buenos Aires (1991-99) zu einer Villa im Wert von einer Million Dollar brachte. Vielleicht stammt das Geld aus nicht erklärten Lottereeinnahmen. Laut Rechnungshof der Provinz wurden im Wirtschaftsjahr 1998/99 803 Millionen Dollar eingenommen; laut den inoffiziellen Schätzungen einer Untersuchungskommission waren es 1,1 Milliarden. Vielleicht aus seiner Zeit als Vizepräsident unter Carlos Menem, als Duhalde den Drogenhändler Ibrahim Ali Ibrahim, Ehemann seiner Schwägerin Amira Yoma, per Dekret zum Assessor der Zollbehörden am internationalen Flughafen von Ezeiza machte.

Sicher ist jedenfalls, dass Duhalde als Gouverneur Millionen für die Armen ausgegeben hat, vor allem ab 1997, als er seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen von 1999 anmeldete. Er hinterließ damals die Provinz mit einem Haushaltsdefizit von ca. zwei Milliarden Dollar und übergab an seinen Verbündeten Carlos Ruckauf, der 1999 zum Gouverneur gewählt wurde. Dieser trieb die Schulden auf 2,5 Milliarden hoch und ging zum Ende seiner Amtszeit dazu über, die Angestellten und ArbeiterInnen der Provinz in staatlichen Schuldverschreibungen zu bezahlen. In den letzten vier Jahren des Gespanns (zwei Jahre Duhalde, zwei Jahre Ruckauf) stieg die Verschuldung der Provinz um 545 Prozent von 1,2 auf 7,8 Milliarden Dollar, was ca. 33 Prozent der gesamten Schulden der 24 argentinischen Provinzen entspricht.

Offiziell wurde Ruckauf von Duhalde im Januar zu patriotischer Pflichterfüllung in das Außenministerium geholt, aber die Spatzen pfeifen es von den Dächern, dass es eher eine verzweifelte Flucht aus einer Provinz war, von der sein Nachfolger offen sagt: "Ich habe die Provinz in einer außerordentlich schwierigen Situation übernommen, praktisch ist sie bankrott." Auf

die Vorhaltung der Tageszeitung La Nación: "Viele glauben, dass Sie gegangen sind, um eine Abnutzung zu vermeiden beim Regieren einer Provinz, die eine Zeitbombe ist", antwortete Ruckauf am 14. Januar im Brustton der Überzeugung: "Nein, nein. Die Regierung Duhalde wird die Schulden der Provinzen bezahlen." Und auf die Frage, ob er das Außenministerium übernommen hat, um sich auf die Präsidentschaftswahlen in zwei Jahren vorzubereiten: "Die Regierung der Provinz, die 40 Prozent des Bruttoinlandproduktes des Landes erwirtschaftet, stellt eine ungeheure Macht dar. Und in Argentinien ist es immer besser, Macht zu haben als Ämter. Aber die Situation in unserem Land eignet sich nicht für Spekulationen. Man muss Opfer bringen und auf die Rettung der Republik setzen." Warum sollte jemand, der Ambitionen auf das Präsidentenamt hat, vorzeitig auf den Posten des Gouverneurs von Buenos Aires, der Provinz mit der größten Wählerschaft des Landes und einem Jahreshaushalt von über 10 Milliarden Pesos, verzichten zu Gunsten des Außenministeriums, dem gerade mal 300 Millionen Pesos im Jahr zur Verfügung stehen, fragte er nach Übernahme dieses Ministeriums rhetorisch in die Runde. Und ergo gäbe es auch keinen Kuhhandel mit Duhalde des Inhaltes, dass dieser zugesichert hat, 2003 nicht zu kandidieren.

Aber auch das pfeifen die Spatzen von den argentinischen Dächern: Der Endkampf zwischen Carlos Menem und seinen Verbündeten, den peronistischen Provinzfürsten de la Sota und Kirchner, die vorgezogene Wahlen in 2002 wollten, und Duhalde mit seinem präsidentialen Außenminister Ruckauf hat begonnen. Und er wird grausam werden, wie der Journalist Roberto Neira bemerkt unter dem Hinweis auf die Ermordung des Kollegen José Luis Cabezas und den "Unfall" von Carlos Menem Junior. Menem senior hat am 9. Januar in der chilenischen Tageszeitung El Mercurio Duhalde und Ruckauf beschuldigt, die Massen auf die Straßen geschickt zu haben, um de la Rúa zu stürzen – in Zusammenarbeit mit dem anderen gefährlichen

“Dummkopf”, dem Ex-Präsidenten Raúl Alfonsín von der UCR. Entsprechend fällt Menems Bewertung der neuen Regierung aus: “eine Bande von Unfähigen”. Aber er hat einen Trost für das geliebte Vaterland parat: Er sei schon im Wahlkampf, um 2003 in das “Rosa Haus”, den Regierungspalast, zurückzukehren.

Was an Menems Anschuldigung dran ist, bleibt noch zu untersuchen. Beteiligte am Aufstand in Buenos Aires am 19. und 20. Dezember stimmen darin überein, dass die Menschen überwiegend spontan zusammenströmten, aber die Gerüchte, dass Gouverneur Ruckauf der Polizei befohlen habe, zunächst nicht einzuschreiten und dass er in den Armenvierteln Terror gesät habe mit falschen Informationen über Kämpfe zwischen Nachbarn, halten sich hartnäckig.

Schwere Menschenrechtsverletzungen

Ruckauf und Duhalde haben sich gleichermaßen als Freunde von Ordnung und Repression profiliert. Zur Zeit, als Vizepräsident Duhalde in Verbindung mit dem Drogenhandel gebracht wurde, war er mit einer repressiven Kampagne gegen den Drogenhandel beschäftigt und als der Journalist José Luis Cabezas umgebracht wurde, tönnte er, die Polizei der Provinz Buenos Aires sei “die beste Polizei der Welt”. Kurz danach kam heraus, dass ein Angehöriger eben dieser Polizei den Journalisten ermordet hatte.

Ruckauf wiederum, der mit 30 Jahren 1975 Arbeitsminister unter Isabel Perón wurde, später Menems Botschafter in Rom und in dessen zweiter Amtsperiode sein Vizepräsident, hat sich auch auf dem Gebiet der Repression bemerkenswerte Meriten verdient. In den zwei Jahren, in denen er an der Spitze von Argentiniens größter Provinz stand, hat er eine Rekordsumme von Beschuldigungen wegen Verletzungen der Anti-Folter-Konvention, des ersten Menschenrechtspaktes über zivile und politische Rechte und der argentinischen Verfassungsgarantien zusammengebracht. Seine Politik des “legt die Kriminellen um” hat zu wiederholten Verwarnungen durch

den Obersten Gerichtshof der Provinz Buenos Aires geführt, der in einem Beschluss vom Oktober 2001 feststellte, dass unter staatlicher Vormundschaft stehende Jugendliche, die Misshandlungen angezeigt hatten, von Polizisten in angeblichen Auseinandersetzungen ermordet wurden. Das Gericht zeigte sich auch besorgt über die Überfüllung der Polizeikommissariate, wo damals ca. 6000 Festgenommene zum Teil seit sieben Monaten in Vorbeugehaft jeweils zu dritt in zwei mal ein Meter großen Zellen zusammengepfercht waren, und die Misshandlungen der Häftlinge in den Gefängnissen der Provinz. “Dieser Gouverneur, der die Menschenrechte nicht im Geringsten zu respektieren scheint, wurde jetzt mit dem Amt des Außenministers der Republik Argentinien prämiert”, kommentierte die NRO Prison Watch International am 3. Januar. Dabei hat Ruckaufs Politik der starken Hand – wie anderwärts auch – nichts gebracht, um die Kriminalität in der Provinz zu senken.

Die internationalen Finanzinstitutionen, die Multis, die institutionellen Anleger und die Regierungen der “großen westlichen Demokratien” werden dem alten neuen Personal an der Spitze Argentiniens genauso ihre Aufwartung machen und ihm gegebenenfalls applaudieren, wie sie es mit der Militärdiktatur und dem trüben Carlos Menem gemacht haben.

Die argentinische Bevölkerung sollte weder das eine noch das andere tun und die Kochtöpfe, die den Schoßhund des IWF, de la Ruas Wirtschaftsminister Domingo Cavallo, und den unfähigen Präsidenten selbst so schnell vertrieben haben, so lange schlagen, bis auch ihre Forderung nach “Gerichtsverfahren und Bestrafung der Verantwortlichen für die Krise” Wirklichkeit wird. Das gäbe dem bekannten Lied des peronistischen Schlagerstars Ramón “Palito” Ortega, der 1999 an der Seite Duhaldes kandidierte, “Yo tengo fé que todo va a cambiar” – “ich glaube daran, dass sich alles ändern wird” –, mal einen neuen Inhalt.

Quelle: ila 252, www.ila-web.de

6. Ein weiteres IWF-Modell ist gescheitert - Ökonomischer GAU in Argentinien Von CARLOS GABETTA

Als der Internationale Währungsfonds am 5. Dezember 2001 der argentinischen Regierung einen weiteren Kredit verweigerte, stürzte das mit 132 Milliarden US-Dollar verschuldete Land in die tiefste Krise seiner Geschichte. Die Bevölkerung trotzte den neuen Austeritätsmaßnahmen, und Präsident Fernando de la Rúa musste demissionieren. Sein Nachfolger Adolfo Rodríguez Saá verkündete die Aussetzung des Schuldendienstes, aber auch die Sperrung der privaten Bankkonten. Daraufhin musste auch er dem Volkszorn weichen. Zehntausende demonstrierten in der Hauptstadt und in den Provinzen. Der neue Präsident Eduardo Duhalde versucht einen Kurswechsel und wertet den Peso gegenüber dem Dollar um 40 Prozent ab. Das wirtschaftliche Desaster ist zugleich ein Bankrott der korrupten politischen Klasse, die das Vertrauen ihrer Wähler längst verspielt hat.

Ein Modellversuch ist gescheitert. Argentinien ist explodiert. Manche Beobachter waren ohnehin erstaunt, dass eine Gesellschaft mit so langer kämpferischer Tradition und einem so hohen politischen und gewerkschaftlichen Organisationsniveau so erstaunlich passiv geblieben ist. Früher rebellierten die Argentinier schon bei viel geringeren Anlässen als der unerträglichen Situation, der sie in jüngster Zeit ausgesetzt sind: Die Arbeitslosenrate liegt bei 20 Prozent, 14 Millionen von 37 Millionen Argentinern leben unterhalb der Armutsgrenze, die Kaufkraft ist in den letzten fünf Jahren um fast 50 Prozent gesunken.

Bis zum 19. Dezember 2001, an dem zehntausende Bürger spontan auf die Straße gingen, schien die Gesellschaft jedoch wie betäubt zu sein - außerstande, ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen. Mit der Erinnerung an die blutige Militärdiktatur (1976-1983), das Fiasko des Falklandkriegs 1982 und die traumatische Hyperinflation von 1989 ließen sich die Bürger von einer politischen Führung erpressen, die ihnen mit der "Rückkehr der Vergangenheit" - also mit Diktatur und wirtschaftlichem Zusammenbruch - drohte, während sie weiter Punkt für Punkt genau das neoliberale Modell umsetzte, für das die Generäle damals die Weichen gestellt hatten.

Es wird häufig vergessen, dass unter diesem nicht legitimierten Regime - das mehr als 30 000 Menschenleben auf dem Gewissen hat - die Auslandsverschuldung von 8

Milliarden auf 43 Milliarden Dollar angestiegen ist, womit das Land in eine teuflische Spirale geriet. Damals boten der "schmutzige Krieg" (gegen die Gegner der Diktatur) und die Doktrin der nationalen Sicherheit das geeignete Umfeld für die Vorbereitung des späteren Strukturanpassungsprogramms. Staatschef General Videla, Wirtschaftsminister Martínez de Hoz, ein hoher Beamter des Internationalen Währungsfonds im Dienste des Regimes namens Dante Simone sowie der Präsident der Zentralbank, Domingo Cavallo, zählten damals zu den Hauptakteuren.(1)

Um die Hyperinflation zu bekämpfen, wandte sich die Regierung des Peronisten Menem im Jahre 1991 an besagten Domingo Cavallo. Mit dem Segen der internationalen Finanzlobby, der Verfechter einer "wirtschaftlichen Revolution", deren Reformen zu den radikalsten des Subkontinents zählten, setzte Cavallo die Anweisungen der Washingtoner Experten rigoros um: Abbau des öffentlichen Sektors durch Freisetzung von hunderttausenden Beamten, umfassende Privatisierungen, Liberalisierung der Wirtschaft und des Außenhandels, Anhebung der Zinssätze. Cavallo war auch der Erfinder des Konvertibilitätssystems, also der festgeschriebenen Parität von Dollar und Peso, die sich als Hemmschuh für die Exporte herausstellte.

Argentinien erlebt nun das vierte Jahr der Rezession, tausende Unternehmen sind in Konkurs gegangen, und die anderen, die

sich noch über Wasser halten können, sind in technologischer Hinsicht hoffnungslos in Rückstand geraten.

Als Fernando de la Rúa am 24. Oktober 1999 zum Präsidenten einer Mitte-links-Regierung gewählt wurde, war die Demokratie nur noch eine elegante Fassade für das Musterland des Neoliberalismus, das von einem unvorstellbar korrupten Verwaltungsapparat regiert wird.(2) Am 20. März 2001 wurde Cavallo als Architekt des "Wunders" der Neunzigerjahre von de la Rúa erneut ins Amt des Finanzministers berufen und vom Parlament mit Sondervollmachten ausgestattet. Drei Monate später ließ er das "Gesetz über ein Nulldefizit" verabschieden, das den radikalen Abbau der Staatsschulden garantieren sollte. Damit wurden unter anderem die Beamtengehälter und bestimmte Altersrenten im Juli um 13 Prozent gekürzt. Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2002 sieht eine Verringerung der Staatsausgaben um 18,6 Prozent - das sind 9,2 Milliarden Dollar - gegenüber dem Jahr 2001 vor.

Aber die Argentinier scheinen nach dieser Kampfansage wieder ihren Selbsterhaltungstrieb entdeckt zu haben. Ihre Massenproteste erzwangen zunächst den Rücktritt des verhassten Finanzministers und anschließend der gesamten Regierung. Schließlich musste auch Präsident de la Rúa am 20. Dezember 2001 seinen Hut nehmen.

Der Aufstand begann, als tausende verzweifelte Erwerbslose - die zum größten Teil schon seit Jahren ohne Beschäftigung und ohne jede ökonomische und soziale Absicherung dastehen -, Supermärkte und Geschäfte plünderten, um sich mit den nötigsten Lebensmitteln einzudecken. Nachdem der Präsident in einer ziemlich absurden Rede beteuert hatte, die Protestkundgebungen seien von den "Feinden der Republik" angezettelt worden, veranstaltete der verarmte Mittelstand in allen Stadtvierteln und überall im Land seine so genannten cacerolazos, lautstarke "Kochtopfdemonstrationen"(3). Danach strömten sie spontan, wie schon die ersten Demonstranten, auf die Straßen und versammelten sich

auf der Plaza de Mayo in Buenos Aires und vor den Regierungsgebäuden in den einzelnen Provinzen.

Der bemerkenswerte Unterschied zu früheren Protesten besteht darin, dass die Argentinier nicht nur das Wirtschaftsmodell, sondern die gesamte politische und gewerkschaftliche Führung ablehnen - mit sehr wenigen Ausnahmen, wie etwa die Central de los Trabajadores Argentinos (CTA). Während sie früher den Streikaufrufen folgten und in geordneten Reihen unter den Bannern ihrer Gewerkschaften und politischen Organisationen demonstrierten, gingen sie diesmal ganz spontan als einfache Bürger auf die Straße. Bei den Kundgebungen fehlten außer der Nationalflagge alle anderen Fahnen, und zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert sogar die großen peronistischen Trommeln. Die wenigen Politiker, die sich der Menge anschließen wollten, wurden ausgebuht. Schließlich schafften es hunderte von Demonstranten, in das Gebäude des Kongresses einzudringen und das Mobiliar anzuzünden.

Indem die soziale Rebellion auch dem am 19. Dezember verhängten Ausnahmezustand trotzte, verwandelte sich die Wirtschaftskrise auch in eine politische Krise, die leicht zu einer institutionellen Krise führen kann. Argentinien steht am Ende einer Epoche - in einer historischen Situation, die freilich keinerlei Zukunftsperspektive bietet. Die Gesellschaft will die umfassende Korruption des öffentlichen Lebens ganz offensichtlich nicht mehr hinnehmen.(4) Sie hat eine Führungsschicht satt, die seit einem Vierteljahrhundert im Luxus lebt, weil sie die Pfründen, die ihr von den Großbanken, den multinationalen Konzernen und den globalisierten Machtzentren gewährt werden, unter sich aufteilen kann. Und dieses Land gilt als Muster Schüler des Internationalen Währungsfonds: 90 Prozent seiner Banken und 40 Prozent der Industrie sind in den Händen ausländischer Unternehmen. Die Folgen sind katastrophal. Beginn der Siebzigerjahre sind die Auslandsschulden von 7,6 auf 132 Milliar-

den US-Dollar angestiegen (nach manchen Schätzungen haben sie sogar schon 155 Milliarden US-Dollar erreicht), ganz zu schweigen von den 40 Milliarden US-Dollar, die bei Privatisierungen an den Staat geflossen und einfach versickert sind. Die Arbeitslosigkeit ist währenddessen von 3 Prozent auf 20 Prozent gestiegen, die Anzahl der Menschen, die in extremer Armut leben, wuchs von 200 000 auf 5 Millionen, die der unterhalb der Armutsgrenze Lebenden von 1 Million auf 14 Millionen, und die Analphabetenquote stieg von 2 auf 12 Prozent, der funktionale Analphabetismus von 5 auf 32 Prozent.

Die Vermögen führender Politiker, Gewerkschaftler und Großunternehmer, die in diesem Zeitraum ins Ausland verschoben wurden, werden auf 120 Milliarden US-Dollar geschätzt. Argentinien als Muster-schüler des Neoliberalismus stellt demnach ein umfassendes Schulbeispiel dar - im Hinblick auf die verheerenden sozialen Auswirkungen wie im Hinblick auf die unterschlagenen Vermögenswerte.

Der von Cavallo am 1. Dezember 2001 beschlossene Hold-up brachte das Fass zum Überlaufen. Noch vor Jahresende 2001 sollte Argentinien 750 Millionen und bis Jahresende 2002 über 2 Milliarden US-Dollar an Auslandsschulden zurückzahlen. In diesem Sinne verhängte die Regierung "zur Verhinderung der Kapitalflucht" eine Kapitalverkehrskontrolle: Die argentinischen Bürger sollten pro Woche maximal 250 US-Dollar von ihren Privatkonten abheben dürfen. Diese Maßnahme wurde natürlich erst beschlossen, nachdem die großen nationalen und internationalen Spekulanten 15 Milliarden US-Dollar außer Landes geschafft hatten.(5)

Mit anderen Worten: Als letzte Stütze des Systems sollen die kleinen und mittleren Anleger erhalten, die heimischen Unternehmen, die hinfort nicht mehr frei über ihre Guthaben verfügen dürften und jeden Tag mehr vor einer Abwertung zittern müssten, die die Ersparnisse eines ganzen Lebens in Spielgeld verwandeln würde. Die Banken nutzen die verzweifelte Lage der Bürger aus, indem sie bei Zahlungen

mit Kreditkarten Kommissionen von 40 Prozent für Peso- und 29 Prozent für Dollarbeträge fordern und diese Sätze auch noch zu erhöhen gedenken.(6) Mit solchen Maßnahmen werden nach den Millionen bereits verarmter Bürger noch weitere Millionen mittelständischer Existenzen in den Ruin getrieben.

Die tragische Bilanz des Volksaufstands: 31 Tote, die Opfer der polizeilichen Repression wurden, tausende geplünderte Geschäfte, einige verwüstete Viertel in den großen Städten - und eine führungslose Republik.(7) Nach vier Tagen hektischer Beratungen ernannte die Bande politischer Wegelagerer, die sich (von wenigen Ausnahmen abgesehen) als Abgeordnete wie als Senatoren im Kongress breit machen, den Gouverneur der Provinz San Luis, Adolfo Rodríguez Saá, zum Interimspräsidenten, der bis zu den für den 3. März geplanten Neuwahlen im Amt bleiben sollte.(8) Doch auch das Schicksal von Saá war schon nach wenigen Tagen besiegelt. Zum Jahresende wurde er, nach weiteren Demonstrationen in den Städten, von seiner eigenen peronistischen Partei fallen gelassen. Sein Nachfolger, der Peronist Eduardo Duhalde, musste als Erstes die Dollarparität aufgeben und setzte den Dollarkurs für den Außenhandel und Kapitaltransaktionen auf 1,40 Peso fest. Zudem will er sich in den nächsten drei Monaten um neue Kreditlinien beim IWF bemühen.

Wird die neue politische Führung, zumindest in der ersten Zeit, politische Spaltungen, persönliche Ambitionen und Interessenkonflikte vermeiden und damit ein Minimum an politischer Reputation gewinnen? Es wird keine leichte Aufgabe: Die Wirtschaft ist ruiniert, und die Gesellschaft hat durch ihre Revolte ihre dringenden Forderungen angemeldet.

Nachdem die politische Führung die Krise des ultraliberalen Modells jahrelang geleugnet hatte, muss sie nun unter schwierigsten Bedingungen dessen Scheitern bewältigen: Die Devisenreserven, aus denen Cavallo die Außenschulden bedient hatte, sind praktisch aufgezehrt.(9)

Die Abwertung des Peso spiegelt eine traurige Wirklichkeit wider. Adolfo Rodríguez Saá hatte noch ein ganzes Paket von Sozialmaßnahmen verkündet, die Aussetzung der Schuldendienstzahlungen bekräftigt und die Einführung einer neuen Währung, des Argentino, angekündigt. Damit hatte er gegen die Abwertung des Peso optiert, um die mit hohen Dollarbeträgen verschuldeten Bürger und heimischen Unternehmen nicht noch stärker in Bedrängnis zu bringen. Aber die Parität war in Wirklichkeit eine Luftnummer: Die Banken verkauften schon längst keine Dollar mehr, und auf der Straße musste man für einen Dollar zwei Peso hinlegen.

Die politische Krise hat die Gefahr sichtbar gemacht, dass es zu anarchischen Verhältnissen kommen könnte. Um das Schlimmste zu verhindern, muss die neue Führung wählen: Vertritt sie multinationale Interessen, wie sie es bisher stets getan hat, muss sie sich auf einen neuen Volksaufstand gefasst machen. Manche Beobachter verweisen beunruhigt auf die Ähnlichkeit der Lage mit der großen Depression der Dreißigerjahre und deren Folgen für die Weimarer Republik.

Dieser Vergleich mag weit hergeholt erscheinen. Doch angesichts der jüngeren Geschichte Argentiniens scheint er gar nicht so übertrieben zu sein: Die Niederlage im Falklandkrieg, die Jahre der Enttäuschung, die schwindende Glaubwürdigkeit der Volksvertreter, der Vertrauensverlust der Institutionen, das Fehlen jeglicher Zukunftsperspektiven, die weltweite Krise: all das hat mit der Zeit zu einem Machtvakuum geführt, das sich mit einem autoritären Regime auffüllen könnte. Dann wäre erneut die Stunde der politischen Abenteurer gekommen.

dt. Andrea Marenzeller

Fußnoten:

(1) Siehe Arnaud Zaccharie, "Aux origines de la crise argentine", im Dossier "Crise de la dette argentine" des Comité pour l'annulation de la dette du tiers-monde (CADTM): <http://users.skynet.be/cadtm>.

(2) Siehe Carlos Gabetta, "Le lent naufrage de l'Argentine", und Jorge Beinstein, "Der unaufhaltsame Niedergang Argentiniens", *Le Monde diplomatique*, Oktober 1999 bzw. Juli 2001.

(3) Eine Form des Protests: Die unzufriedenen Bürger schlagen am offenen Fenster oder auf der Straße zum Zeichen ihres Protests mit viel Lärm auf Kochtöpfe und andere Küchengeräte.

(4) Durch Steuerflucht, die 1998 etwa 40 Mrd. US-Dollar ausmachte, entgehen dem Staat die Hälfte seiner Einnahmen. So zahlen etwa nur 17 Prozent der Hochverdienenden Einkommensteuer. Siehe Arnaud Zaccharie, a. a. O.

(5) Daniel Muchnik, "La economía en la cuenta regresiva", *Clarín*, Buenos Aires, 16. Januar 2001.

(6) Gustavo Bazan, "Tarjetas de crédito: sólo prestan en dólares y a tasas muy altas", *Clarín*, 18. Dezember 2001.

(7) Außerdem gab es tausende von Verwundeten, 2000 Menschen wurden festgenommen.

(8) Der Posten des Vizepräsidenten ist seit dem Rücktritt von Carlos "Chacho" Alvarez im Oktober 2000 vakant. Daher konnte der von den Peronisten dominierte Kongress frei entscheiden, ob er Wahlen ausschreiben lässt oder einem seiner Mitglieder bzw. einem seiner Provinzgouverneure das bis zum Dezember 2003 offene Mandat überträgt.

(9) Julio Nidler, "Mucho plan, pero pocos dólares" *Página 12*, Buenos Aires, 21. Dezember 2001. Siehe auch das Dossier "Argentina, un país empantanado", *Le Monde diplomatique*, Ausgabe Cono Sur, Dezember 2001.

Quelle: Le Monde diplomatique Nr. 6647 vom 11.1.2002, Seite 3, 337 Dokumentation CARLOS GABETTA